



Medienmitteilung
Bern, 25. Februar 2020

Sperrfrist 25. Februar 2020, 11:30 Uhr

KMU-Komitee gegen die Kündigungsinitiative und gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen

Das KMU-Komitee «Kündigungsinitiative – Arbeitsplätze vernichten NEIN» informierte die Medien zu den Gründen für die Ablehnung der «Initiative für eine massvolle Zuwanderung». Der Wohlstand der Schweiz begründet sich aus der wirtschaftlichen Offenheit. Die Personenfreizügigkeit ist für die Wirtschaft und für die Sicherung der Arbeitsplätze von zentraler Bedeutung. Sie ermöglicht den Unternehmen, flexibel und unbürokratisch auf einen Fachkräftepool in der EU zurückzugreifen. Das ist ein zentrales Anliegen der KMU und das gilt es zu bewahren.

Die sogenannte Begrenzungsinitiative verfolgt das Ziel, die Zuwanderung für die Schweiz eigenständig zu regeln und somit die Personenfreizügigkeit (PFZ) mit den Ländern der Europäischen Union und der Europäischen Freihandelszone (EFTA) neu zu verhandeln. Wenn es dem Bundesrat nicht innert Jahresfrist auf dem Verhandlungsweg gelingt das Abkommen ausser Kraft zu setzen, muss er kündigen. «Nüchtern betrachtet ist dieser Verhandlungsweg im Eiltempo illusorisch, das zeigt die Vergangenheit. Die Begrenzungsinitiative ist also in Tat und Wahrheit eine Kündigungsinitiative», analysiert der Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes sgv, Hans-Ulrich Bigler, die Situation. Was sind die Konsequenzen einer Kündigung der PFZ für den Arbeitsmarkt?

Fachkräftemangel wird verschärft

Die Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative wird ab diesem Jahr eine zunehmende Fachkräfteknappheit verursachen. Seit dem 1. Januar 2020 sind noch mehr Branchen von der Stellmeldepflicht betroffen. Das heisst, dass sich die Auflagen bei der Suche nach einer geeigneten Fachkraft weiter erschweren. In der Schweiz werden sehr viele Fachkräfte ausgebildet. Trotzdem reicht es punktuell nicht, wie z.B. das Gesundheitswesen klar aufzeigt. Eine Kündigung der PFZ wäre ein Rückfall in das Kontingenten-Management. Ist ein Kontingent aufgebraucht, kann ein Unternehmen ausländische Fachkräfte nicht mehr zeitgerecht anstellen, sondern muss im besten Fall ein Jahr warten. Die Kunden wollen aber mit der Ausführung ihrer Aufträge nicht warten, sondern wandern ab. Das ist fatal für die KMU.

FDP-Nationalrätin und sgv-Vizepräsidentin Daniela Schneeberger gibt zu bedenken, dass die Pensionierungswelle der Babyboomer für die kommenden fünfzehn Jahren dazu führen wird, dass sehr viel mehr Personen den Arbeitsmarkt verlassen als eintreten. Dass sich der Fachkräftemangel im Land weiter zuspitzt, zeigen auch die Erhebungen der Adecco Gruppe Schweiz. Gemäss dem Fachkräftemangel Index Schweiz hat der Fachkräftemangel 2019 im Vergleich zum Beginn der Messung 2016 gesamtschweizerisch um 22% zugenommen. Spitzenreiter im Fachkräftemangelranking sind Ingenieur- (z.B. Elektronikingenieure/-innen) und Technikberufe (z.B. Klimatechniker/-innen).

KMU besonders betroffen

«Als KMU sind wir bei Fachkräftemangel doppelt gestraft», sagt Treuhandunternehmerin Daniela Schneeberger. In geeigneter Frist einen Ersatz für eine ausfallende Fachkraft zu finden sei gerade in ihrer Branche absolut unmöglich. Grössere Unternehmen können einen Ausfall abfedern, da sich die Mehrarbeit auf mehrere Köpfe verteilt. Für KMU wiegt ein Ausfall einiges schwerer als bei den Grossen. Dazu kommt, dass die KMU im hart umkämpften Rekrutierungsmarkt schlechtere Karten haben, da sie nicht die gleichen Karrieremöglichkeiten anbieten können wie die Grossen.

Auch der Tessiner CVP-Nationalrat und Metallbauunternehmer Fabio Regazzi warnt vor der Annahme der Initiative. Es würde bedeuten alles in die Luft zu sprengen und das Kind mit dem Bade auszuschiessen. «Schon nur das Ausmass von neuer Bürokratie würde die Fähigkeiten vieler KMUs übersteigen», ist er überzeugt. Für die Tessinerinnen und Tessiner sei essentiell, dass die flankierenden Massnahmen (FlaM) verteidigt würden und, soweit möglich, sogar verstärkt werden könnten. Der Lohnschutz dürfe nicht in Frage gestellt werden.

Marktzugang und Wohlstand gefährdet

Die Guillotine-Klausel würde zu einer Kündigung des gesamten Vertragspakets der Bilateralen I führen. «Ein herber Schlag für die KMU», sagt sgV-Direktor Hans-Ulrich Bigler. Ein Drittel aller KMU erarbeitet mehr als 50 Prozent des Umsatzes im Ausland. Die Verflechtung der KMU mit dem Ausland ist sowohl im Export wie auch im Import enorm hoch. Deshalb ist der Marktzugang in der EU insbesondere für die KMU enorm wichtig. Sie sind auf einen möglichst unbürokratischen, bereits gut institutionalisierten Zugang angewiesen.

Mit dem Wegfall der Bilateralen I würde die Produktevermarktung aufwendiger. Ähnliches gilt für das öffentliche Beschaffungswesen. Das Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen ermöglicht den KMU Zugang zu zusätzlichen Beschaffungsmärkten. Die Initiative missachtet die stark gewachsene Bedeutung grenzüberschreitender Wertschöpfungsketten. Schweizer KMU spielen in Europa eine wichtige Rolle als Zulieferer.

Die Kündigung der Bilateralen I hätte in weiteren wichtigen gesellschaftlichen Bereichen negative Folgen. So auch in der Forschung: «Unsere Hochschulen würden von grossen europäischen Forschungsprojekten ausgeschlossen. Für forschungsnahe Branchen, welche insbesondere auch in der Romandie eine wichtige Rolle spielen, würde es zu neuen Zulassungsprüfungen für ihre Produkte führen», gibt Alt-Regierungsrätin und FDP-Nationalrätin aus dem Kanton Waadt, Jacqueline de Quattro, zu bedenken.

Das Co-Präsidium des KMU-Komitees «Kündigungsinitiative – Arbeitsplätze vernichten NEIN» ruft aus all diesen Gründen das Stimmvolk auf, die Begrenzungsinitiative zum Wohle der KMU abzulehnen.



ZUR BEGRENZUNGS-INITIATIVE

Weitere Auskünfte

- **Hans-Ulrich Bigler**, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgv, Mobile 079 285 47 09
- **Daniela Schneeberger**, Vizepräsidentin Schweizerischer Gewerbeverband sgv und Nationalrätin FDP (BL), Mobile 079 233 84 40
- **Fabio Regazzi**, Nationalrat CVP (TI) und Metallbauunternehmer, Mobile 079 253 12 74
- **Jacqueline de Quattro**, Nationalrätin FDP (VD) und Alt-Regierungsrätin Kanton Waadt, Mobile 079 305 51 90

KMU-Komitee «Kündigungssinitiative – Arbeitsplätze vernichten NEIN»

Schwarztorstrasse 26

3007 Bern

www.begrenzung-nein.ch



Bern, 25. Februar 2020

Pressekonferenz KMU-Komitee «Kündigungsinitiative – Arbeitsplätze vernichten NEIN»

Eröffnungsreferat Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgV

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüsse Sie zur Medienkonferenz des KMU-Komitees «Kündigungsinitiative – Arbeitsplätze vernichten NEIN». Manchmal muss man sich bei einer Vorlage ganz nüchtern die Frage stellen um was es eigentlich geht. Und ganz nüchtern betrachtet fordert die Begrenzungsinitiative den Verzicht auf die Personenfreizügigkeit. Sie will eine eigenständige Regelung der Zuwanderung. Wenn es dem Bundesrat nicht innert Jahresfrist auf dem Verhandlungsweg gelingt das Abkommen ausser Kraft zu setzen, muss er kündigen. Nüchtern betrachtet ist dieser Verhandlungsweg im Eiltempo illusorisch, das zeigt die Vergangenheit. Die Begrenzungsinitiative ist also in Tat und Wahrheit eine Kündigungsinitiative. Was sind die Konsequenzen. Hier muss ich als Direktor des grössten Dachverbandes der Schweizer Wirtschaft, der über 500 000 KMU-Unternehmen vertritt, klar festhalten: Für die KMU ist eine solche Kündigung nicht von Vorteil.

Die Guillotine-Klausel würde zu einer Kündigung des gesamten Vertragspakets der Bilateralen I führen. Ein herber Schlag für die KMU. Ein Drittel aller KMU erarbeitet mehr als 50 Prozent des Umsatzes im Ausland. Die Verflechtung der KMU mit dem Ausland ist sowohl im Export wie auch im Import enorm hoch. Deshalb ist der Marktzugang in der EU insbesondere für die KMU enorm wichtig. Sie sind auf einen möglichst unbürokratischen, bereits gut institutionalisierten Zugang angewiesen.

In Bezug auf die arbeitsmarktlichen Gründe stelle ich fest, dass wir mit der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative ab diesem Jahr eine zunehmende Fachkräfteknappheit werden verzeichnen müssen. In der Schweiz werden sehr viele Fachkräfte ausgebildet. Trotzdem reicht es punktuell nicht, wie z.B. das Gesundheitswesen klar aufzeigt. Der Weg zurück in das Kontingenten-Management wäre ein fataler Rückschritt. Ist ein Kontingent mal aufgebraucht, kann ein Unternehmen ausländische Fachkräfte nicht mehr zeitgerecht anstellen, sondern muss im besten Fall ein Jahr warten. Die Kunden wollen aber mit der Ausführung ihrer Aufträge nicht warten, sondern wandern ab. Die Personenfreizügigkeit ist für die Wirtschaft und für die Sicherung der Arbeitsplätze von zentraler Bedeutung. Ein offener Arbeitsmarkt ist ein wichtiger Fachkräftepool für die KMU.

FDP-Nationalrätin und sgV-Vizepräsidentin Daniela Schneeberger wird Ihnen noch mehr Fakten zum Fachkräftemangel aufzeigen. Sie ist als Treuhanderunternehmerin speziell betroffen.

Fabio Regazzi, CVP-Nationalrat und Metallbauunternehmer wird ebenfalls auf den Fachkräftemangel und die spezielle Situation und Sicht des Kantons Tessin eingehen.

Jacqueline de Quattro, neugewählte FDP-Nationalrätin und alt-Regierungsrätin des Kantons Waadt wird aufzeigen wie die Schweizerische Politik der Offenheit und nicht der Begrenzung zu Wohlstand führt.

Zum Abschluss dieser Pressekonferenz, werde ich dann noch Aspekte zur Ausschöpfung des Inländerpotentials erläutern.

Das Wort hat Nationalrätin Daniela Schneeberger.

KMU-Komitee «Kündigungsinitiative – Arbeitsplätze vernichten NEIN»

Schwarztorstrasse 26

3007 Bern

www.begrenzung-nein.ch



Bern, 25. Februar 2020

Pressekonferenz KMU-Komitee «Kündigungsinitiative – Arbeitsplätze vernichten NEIN»

Referat Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP (BL), Vizepräsidentin Schweizerischer Gewerbeverband sgV

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Fachkräftemangel ist seit Jahren eine Sorge, die zusehends zur gefährlichen Herausforderung wird. Seit dem 1. Januar 2019 ist die Stellenmeldepflicht in Kraft und seit 1. Januar 2020 sind noch mehr Branchen von der Regulierung betroffen. Neu müssen alle Berufsgruppen mit einer Arbeitslosenquote von 5% statt wie bisher 8% gemeldet werden. Das heisst, dass sich die Auflagen bei der Suche nach einer geeigneten Fachkraft weiter erschweren. Die Pensionierungswelle der Babyboomer wird für die kommenden fünfzehn Jahre dazu führen, dass sehr viel mehr Personen den Arbeitsmarkt verlassen als eintreten.

Der Fachkräftemangel zeigt sich auch in Zahlen: In einer Studie hat die internationale Personalverwaltung Robert Walters 150 Unternehmen in der Schweiz zum Thema „Talent-Management in Zeiten des Fachkräftemangels“ befragt. Das Ergebnis zeigt deutlich, dass sowohl kleine und mittelständische Unternehmen als auch Konzerne in hohem Masse vom Mangel an qualifizierten Kandidaten für vakante oder neu geschaffene Stellen betroffen sind. 68 Prozent aller befragten Arbeitgeber sehen sich in ihrer Personalbeschaffung vom Fachkräftemangel beeinflusst. 50 Prozent beklagen das Defizit an regional verfügbaren Kandidaten.

Dass sich der Fachkräftemangel im Land zuspitzt, zeigen auch die Erhebungen der Adecco Gruppe Schweiz. Gemäss dem Fachkräftemangel Index Schweiz hat der Fachkräftemangel 2019 im Vergleich zum Beginn der Messung 2016 gesamtschweizerisch um 22% zugenommen. Die seit drei Jahren zu beobachtende Entwicklung setzt sich also fort. Spitzenreiter im Fachkräftemangelranking sind Ingenieur- (z.B. Elektronikingenieure/-innen) und Technikberufe (z.B. Klimatechniker/-innen).

Als Treuhandunternehmerin bin ich auch ganz persönlich betroffen. Das Treuhandwesen liegt auf Platz 3 beim schweizweiten Index des Fachkräftemangels. In den Deutschschweizer Kantonen sind die Berufe im Treuhandwesen sogar am stärksten von Problemen bei der Rekrutierung betroffen. Dieser Umstand ist mir schon lange klar und für uns als kleines Unternehmen ist Personalplanung und -rekrutierung überlebenswichtig. Fällt eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter aus - in meinem konkreten Falle mein Kollege – muss ich Aufträge ablehnen. In geeigneter Frist einen Ersatz zu finden ist absolut unmöglich. Grössere Unternehmen können einen Ausfall abfedern, da sich die Mehrarbeit auf mehrere Köpfe verteilt. Als KMU sind wir bei Fachkräftemangel doppelt gestraft. Erstens wiegt ein Ausfall schwerer als bei den Grossen und zweitens haben wir auf dem hart umkämpften Rekrutierungsmarkt schlechtere Karten, da wir nicht die gleichen Karrieremöglichkeiten anbieten können wie die Grossen. In unserer Branche ist wie auch in der Ingenieurs-, Technik- und nicht zu vergessen auch Gesundheitsbranche das Arbeitskräftepotential ausgereizt.

17. MAI 2020

NEIN

ZUR BEGRENZUNGS-INITIATIVE

Für alle Branchen und alle Sprachregionen gilt: Das Arbeitskräftepotenzial von in- und ausländischen Personen konnte über die letzten Jahre zunehmend ausgeschöpft werden. Es gibt keine Hinweise darauf, dass Einheimische von der Zuwanderung aus dem Arbeitsmarkt gedrängt würden. Die Arbeitslosenquote ist in den letzten 10 Jahren kontinuierlich gesunken. Demgegenüber konnten wir weiterhin ein starkes reales BIP-Wachstum verzeichnen.

Die Personenfreizügigkeit hat zur Entspannung des Fachkräftemangels beigetragen. Für die Schweiz hat – bedingt durch die Personenfreizügigkeit – weder eine Verdrängung noch ein Lohndruck auf Arbeitskräfte mit niedriger Qualifikation stattgefunden. Die flankierenden Massnahmen (FlaM) haben Wirkung gezeigt. Aufgrund der guten konjunkturellen Lage ist die Anzahl Stellensuchender seit Jahren auf tiefem Niveau stabil oder gar rückläufig. Die Nominallöhne sind tendenziell steigend. Die Schweizer Wirtschaft und insbesondere die KMU sind auf den Fachkräftepool aus den EU-Staaten angewiesen. Wir KMU können es uns nicht leisten mit noch mehr Bürokratie konfrontiert zu werden, wenn wir unser dringend benötigtes Personal rekrutieren. Wir KMU lehnen deshalb die Begrenzungsinitiative entschieden ab.

KMU-Komitee «Kündigungsinitiative – Arbeitsplätze vernichten NEIN»

Schwarztorstrasse 26

3007 Bern

www.begrenzung-nein.ch



Bern, 25. Februar 2020

Pressekonferenz KMU-Komitee «Kündigungsinitiative – Arbeitsplätze vernichten NEIN»

Referat Fabio Regazzi, Nationalrat CVP (TI), Metallbauunternehmer

Sehr geehrte Damen und Herren

Hans-Ulrich Bigler hat Eingang zu dieser Medienkonferenz bereits klar gemacht: Mit dieser Abstimmung stehen wir am europapolitischen Scheideweg. Über die Guillotine-Klausel ist das Freizügigkeitsabkommen mit den anderen sechs Abkommen der Bilateralen I verbunden. Fällt das Freizügigkeitsabkommen, werden auch die anderen Abkommen hinfällig. Besonders harte Folgen hätte das für die KMU, wenn die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen wegfällt. Der administrative Aufwand für den Export in die EU würde zweifellos steigen. Gegenseitige Anerkennung von Produktvorschriften würden obsolet. Technischen Vorschriften könnten aberkannt werden. Als KMU-Unternehmer weiss ich um die Wichtigkeit einer offenen Wirtschaft. Nur offen kann sie wachsen und somit auch Arbeitsplätze schaffen. Im Kanton Tessin haben wir mit rund 67 000 Grenzgängerinnen und Grenzgängern pro Tag genügend Potential, um unseren inländischen Fachkräftemangel auszugleichen. Doch auch wir können nicht ohne unsere Businesskunden in der ganzen Schweiz überleben. Kunden aus dem Bau- und Ingenieurbereich, die sehr wohl mit dem Fachkräftemangel kämpfen.

In einer Stadt wie Mendrisio, wo die Zahl der Grenzgängerinnen und Grenzgänger die Zahl der einheimischen Arbeitskräfte übersteigt, kann dies vielleicht in Vergessenheit geraten. Man bedenke nur den massiven Pendlerverkehr und dann wird verständlich, dass eine Initiative mit dem Wort «Begrenzung» verführerisch sein kann. Sie scheint die Antwort auf die sicher übertriebene Befürchtung zu sein, dass sich dieser Trend in den nächsten Jahren ohne Einschränkung fortsetzen wird. Der Arbeitsmarkt im Tessin grenzt direkt an einen Arbeitsmarkt mit 10 Millionen potenziellen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Die Lombardei ist die reichste und grosszügigste Region Italiens in Bezug auf die Durchschnittslöhne. Das Tessin hingegen ist die Region mit den niedrigsten Durchschnittslöhne in der Schweiz. Trotzdem: Der Durchschnittslohn ist in der Lombardei tiefer als die Hälfte des Durchschnittslohn im Tessin. Das ist die Realität, ein Ungleichgewicht, eine Diskrepanz, die andere Regionen in der Schweiz nicht kennen.

Aber auch wir im Tessin dürfen nicht vergessen: Die Initiative setzt Errungenschaften auf das Spiel, die bilateralen Abkommen, die unserer Nation in den letzten Jahrzehnten anerkannte und quantifizierbare Vorteile in Bezug auf Wohlstand und Arbeitsplätze gebracht haben. Die Initiative anzunehmen würde bedeuten, alles in die Luft zu sprengen und das Kind mit dem Bade auszuschütten. Schon nur das Ausmass von neuer Bürokratie würde die Fähigkeiten vieler KMUs übersteigen. Wir würden alle verlieren.

Wir müssen den Weg weiter gehen, den wir bereits eingeschlagen haben. Insgesamt profitieren alle von bilateralen Abkommen. Für uns Tessinerinnen und Tessiner ist es jedoch essentiell, dass wir die flankierenden Massnahmen (FlaM) verteidigen und, soweit möglich, sogar verstärken. Der Lohnschutz darf nicht in Frage gestellt werden. Wir sind ein starker Wirtschafts- und Verhandlungspartner der EU und werden dies in Zukunft auch bleiben.

KMU-Komitee «Kündigungsinitiative – Arbeitsplätze vernichten NEIN»

Schwarztorstrasse 26

3007 Bern

www.begrenzung-nein.ch



Bern, 25. Februar 2020

Pressekonferenz KMU-Komitee «Kündigungsinitiative – Arbeitsplätze vernichten NEIN»

Referat Jacqueline de Quattro, Nationalrätin FDP (VD), Alt-Regierungsrätin

Sehr geehrte Damen und Herren

Die internationale Vernetzung ist ein ganz zentraler Faktor des wirtschaftlichen Erfolgs der Schweiz. Jeden zweiten Franken verdient die Schweizer Wirtschaft im Ausland. Der internationale Handel schafft Wachstum und sichert so die Arbeitsplätze in der Schweiz. Die Schaffung von Arbeitsplätzen führt zu Arbeitsplatzsicherheit. Dank den bilateralen Verträgen ist die Schweizer Wirtschaft stark gewachsen. Die Abkommen haben in den vergangenen Jahren mehr Wohlstand gebracht. Eine Annahme der Kündigungsinitiative würde zur Auflösung des ganzen Vertragspakets führen. Unternehmen in der Schweiz und insbesondere die KMU müssten Nachteile beim Marktzugang zur EU in Kauf nehmen. Die Produktevermarktung würde aufwendiger. Ähnliches gilt für das öffentliche Beschaffungswesen. Mit dem Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen erhalten KMU Zugang zu zusätzlichen Beschaffungsmärkten. Die Initiative missachtet die stark gewachsene Bedeutung grenzüberschreitender Wertschöpfungsketten. Schweizer KMU spielen in Europa eine wichtige Rolle als Zulieferer. Mit dem Wegfall der Bilateralen I verlieren die Schweizer Unternehmen den direkten Zugang zum EU-Binnenmarkt und büssen auf diese Weise stark an Konkurrenzfähigkeit ein.

Eine Annahme der Initiative hätte eine rückläufige Produktivität und damit wohl auch eine höhere Arbeitslosigkeit zur Folge. Eine im Auftrag des seco erstellte Studie aus dem Jahr 2015 schätzt den Verlust beim BIP im Falle einer Kündigung der Bilateralen I bis ins Jahr 2035 auf 7.1 Prozent oder CHF 64 Milliarden. Aus einer rein wirtschaftlichen Betrachtungsweise liegen die Bilateralen I stärker im Interesse der Schweiz als in jenem der EU. Durch die Verlagerung von Produktionsstandorten würde die Schweiz geschwächt und die EU würde profitieren.

Seit 2010 wurden rund 600'000 neue Stellen geschaffen. Dieses Stellenwachstum hat zu keiner Verschlechterung der Arbeitsbedingungen oder zur Diskriminierung einheimischer Arbeitskräfte geführt. Die durch die Personenfreizügigkeit bedingte Zuwanderung von Arbeitskräften aus der EU zog keine erhöhte Arbeitslosigkeit unter Schweizer Arbeitnehmenden nach sich. Im Gegenteil, die Erwerbsquote sowohl von inländischen wie von ausländischen Arbeitnehmenden hat zugenommen. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 haben sich auch die Löhne positiv entwickelt. Der durchschnittliche Reallohn hat in den vergangenen 17 Jahren durchschnittlich um 0,7 Prozent pro Jahr zugenommen.

Die Kündigung der Bilateralen I hätte weitreichende Folgen in allen Bereichen. Auch in der Forschung: Unsere Hochschulen würden von grossen europäischen Forschungsprojekten ausgeschlossen. Für forschungsnahe Branchen, welche insbesondere auch in der Romandie eine wichtige Rolle spielen, würde es zu neuen Zulassungsprüfungen für ihre Produkte führen. Ich denke dabei an die 1'400 KMU, die in der Medizinaltechnik tätig sind. Würde Easyjet in Genf bleiben? Ohne die Liberalisierung des Luftraums würden die in der Schweiz ansässigen Fluggesellschaften mit jedem europäischen Flughafen über das Recht auf Landung verhandeln müssen. Das bedeutet weniger Flüge und höhere Preise. Kündigung der Bilateralen I heisst auch weniger Schutz für Traditionsprodukte, wie zum Beispiel unseren Gruyère AOC. Bei der Annahme der Begrenzungsinitiative sind wir alle Verliererinnen und Verlierer. Deshalb braucht es ein klares Nein am 17. Mai zum Wohle von uns allen.

KMU-Komitee «Kündigungsinitiative – Arbeitsplätze vernichten NEIN»

Schwarztorstrasse 26

3007 Bern

www.begrenzung-nein.ch



Bern, 25. Februar 2020

Pressekonferenz KMU-Komitee «Kündigungsinitiative – Arbeitsplätze vernichten NEIN»

Schlussreferat Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgV

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Personenfreizügigkeit ist kein Freipass für ungebremstes und massenhaftes Einwandern. Sie ist an Bedingungen geknüpft wie dem Vorliegen eines Arbeitsvertrages oder eines Vermögensnachweis. Es kann also nicht einfach jedermann bedingungslos in die Schweiz einwandern. Die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung zeigt: Sowohl bei den Schweizerinnen und Schweizern, wie aber auch bei den Personen mit EU-Pass ist die Erwerbsquote seit 2010 kontinuierlich gestiegen. Damit ist das Argument widerlegt, dass Ausländerinnen und Ausländer nur von hohen Sozialleistungen profitieren würden. Ausländische Fachkräfte unterstützen die Wertschöpfung der Schweizer Wirtschaft. Sie helfen, den Fachkräftemangel einzudämmen. Es findet keine Verdrängung statt. Die Arbeitslosenquote ist bei den Schweizerinnen und Schweizern in den letzten 10 Jahren kontinuierlich gesunken.

Den Fachkräftemangel können wir nur beheben, wenn wir alle Potentiale voll ausschöpfen. Mit der Umsetzung der Forderungen der Masseneinwanderungsinitiative liegt der Fokus auf der Ausschöpfung des Inländerpotentials. Der Bundesrat hat am 15. Mai 2019 ein Paket zur Förderung des Inländerpotentials und zugunsten älterer Arbeitnehmender verabschiedet. Ältere Stellensuchende sollen durch verschiedene Massnahmen fit für die Ausübung des Jobs im Alter gemacht werden. Die Bedeutung von älteren Arbeitskräften für die Schweizer Wirtschaft ist gross und wird noch zunehmen. Das beweist die hohe Arbeitspartizipation von «50plus» im Arbeitsmarkt. Ihre Erfahrungen sind für den Wissens- und Werkplatz Schweiz von hohem Wert. Die Alterung der Bevölkerung führt zu einem wachsenden Seniorenmarkt. Um diese Kundengruppe anzusprechen, sind ältere und erfahrenere Mitarbeitende zunehmend gesucht. Gezielte Aus- und Weiterbildung ist die optimale Wahrung und Förderung der Chancen von älteren Arbeitnehmenden auf dem Arbeitsmarkt. Fördern, und nicht Abschotten und die Personenfreizügigkeit kündigen, ist das richtige Rezept für die älteren Arbeitnehmenden.

Fördern und Weiterbilden ist auch das Rezept gegen den Fachkräftemangel. Gemäss der bereits erwähnten Studie des Personalberatungsbüros Robert Walters haben dies die Unternehmen bereits erkannt. 45 % der befragten Unternehmen geben an, in die Weiterbildung ihrer Fachkräfte zu investieren, um sie so im Unternehmen zu halten.

Sehr geehrte Damen und Herren. Lassen Sie mich abschliessend ein klares Fazit ziehen. Die Begrenzungsinitiative schadet den KMU. Sie verschärft den Fachkräftemangel und gefährdet den Wohlstand von uns allen. Deshalb sagen wir KMU-Vertreterinnen und Vertreter entschieden Nein am 17. Mai.

KMU-Komitee «Kündigungsinitiative – Arbeitsplätze vernichten NEIN»

Schwarztorstrasse 26

3007 Bern

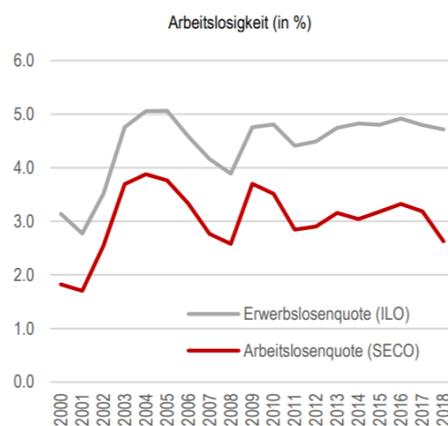
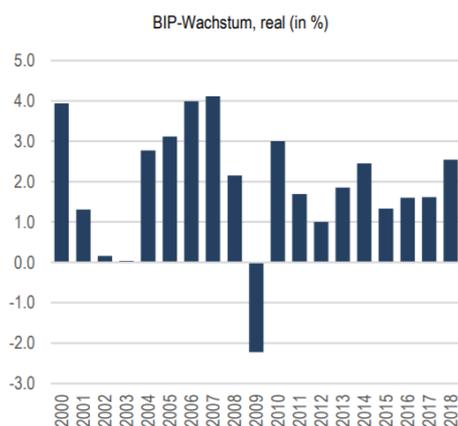
www.begrenzung-nein.ch



KMU-Komitee «Kündigunginitiative – Arbeitsplätze vernichten NEIN»

Fakten, Quellen und Argumente

- Gemäss dem 15. Observatoriumsbericht des SECO «Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf Arbeitsmarkt und Sozialversicherungen» vom Juli 2019 hat die Erwerbsquote für Schweizer/innen wie auch für EU-Staatsangehörige in den Jahren 2010 bis 2018 stetig zugenommen. Die Erwerbslosen- und Arbeitslosenquoten entwickelten sich auf unterschiedlichen Niveaus parallel zum Konjunkturverlauf. Die Personenfreizügigkeit hatte somit keine negativen Auswirkungen auf die Quoten.
- Die Arbeitslosenquote ist in den letzten 10 Jahren in der Schweiz kontinuierlich gesunken. Das starke reale BIP-Wachstum blieb erhalten.



Quelle: Observatoriumsbericht 2019 des SECO, Seite 15 ff.

- In einer Studie hat die internationale Personalverwaltung Robert Walters 150 Unternehmen in der Schweiz zum Thema «Talent-Management in Zeiten des Fachkräftemangels» befragt. Sie hat ermittelt, dass sowohl kleine und mittelständische Unternehmen als auch Konzerne in hohem Masse vom Mangel an qualifizierten Kandidaten für vakante oder neu geschaffene Stellen betroffen sind. 68 Prozent aller befragten Arbeitgeber sehen sich in ihrer Personalbeschaffung vom Fachkräftemangel beeinflusst. 50 Prozent beklagen das Defizit an regional verfügbaren Kandidaten.

Quelle: Talent-Management in Zeiten des Fachkräftemangels, Robert Walters

- Erhebungen der Adecco Gruppe Schweiz zeigen, dass sich der Fachkräftemangel im Land zuspitzt. Gemäss dem Fachkräftemangel Index Schweiz hat der Fachkräftemangel 2019 im Vergleich zum Beginn der Messung 2016 gesamtschweizerisch um 22% zugenommen. Die seit drei Jahren zu beobachtende Entwicklung setzt sich also fort. Spitzenreiter im Fachkräftemangelranking sind Ingenieur- (z.B. Elektronikingenieure/-innen) und Technikberufe (z.B. Klimatechniker/-innen).

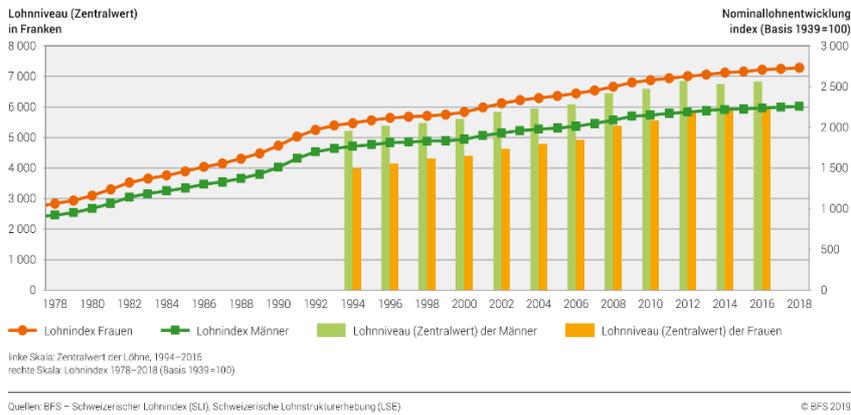
Quelle: Fachkräftemangel Index Schweiz, Adecco Gruppe Schweiz



ZUR BEGRENZUNGS-INITIATIVE

- Die Personenfreizügigkeit hat zur Entspannung des Fachkräftemangels beigetragen. Die flankierenden Massnahmen FlaM haben Wirkung gezeigt. Es hat kein Lohndruck stattgefunden. Die Nominallöhne sind tendenziell steigend.

Nominallohnentwicklung und Lohnniveau nach Geschlecht

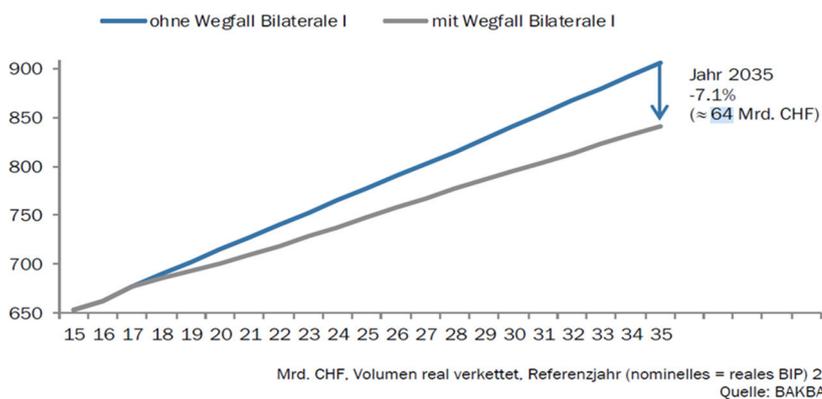


- Der durchschnittliche Reallohn hat in den vergangenen 17 Jahren durchschnittlich um 0,7 Prozent pro Jahr zugenommen.

Quelle: Observatoriumsbericht 2019 des SECO, Seite 28

- Eine im Auftrag des SECO erstellte Studie aus dem Jahr 2015 schätzt den Verlust beim BIP im Falle einer Kündigung der Bilateralen I bis ins Jahr 2035 auf 7.1 Prozent oder CHF 64 Milliarden. Aus einer rein wirtschaftlichen Betrachtungsweise liegen die Bilateralen I stärker im Interesse der Schweiz als in jenem der EU. Durch die Verlagerung von Produktionsstandorten würde die Schweiz geschwächt und die EU würde profitieren.

Abb. 4-1 BIP-Entwicklung Referenzszenario vs. Szenario «Wegfall Bilaterale I»



Unser Fazit: Wohlstand durch Offenheit

Der internationale Handel schafft Wachstum und somit mehr Arbeitsplätze. Die Schaffung von Arbeitsplätzen führt zu Arbeitsplatzsicherheit.

→ Der internationale Handel schafft Arbeitsplatzsicherheit.

Die Personenfreizügigkeit ist für die Wirtschaft und für die Sicherung der Arbeitsplätze von zentraler Bedeutung. Sie ermöglicht den Unternehmen und insbesondere den KMU, flexibel und unbürokratisch auf einen Fachkräftepool in der EU zurückzugreifen.

→ Ein offener Arbeitsmarkt ist ein wichtiger Fachkräftepool für die KMU.

Im Zuge der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative wird die Ausschöpfung des Inländerpotentials zu einem wichtigen Ziel der Schweizer Arbeitsmarktpolitik. Stellensuchende werden dank eines umfassenden Pakets zur Förderung der Inländer unterstützt. Aus- und Weiterbildung sind der Schlüssel für Chancen und Jobsicherheit.

→ Ausschöpfung des Inländerpotentials heisst fokussieren auf Aus- und Weiterbildung und somit die zwecks optimaler Wahrung und Förderung der eigenen Arbeitsmarkt-Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

KMU-Komitee «Kündigungsinitiative – Arbeitsplätze vernichten NEIN»

Schwarztorstrasse 26

3007 Bern

www.begrenzung-nein.ch